

Sachverständigenrat

Digitalisierung mit Verantwortung

Leben und Gesundheit der Menschen in Deutschland könnten besser geschützt werden, wenn die Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen verantwortlich und wissenschaftlich sinnvoll genutzt würden. Zu diesem Schluss kommt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) in seinem aktuellen Gutachten zum Thema Digitalisierung. „Wir brauchen eine ehrliche Diskussion über bisherige Fehlentwicklungen. Die Politik hat in den letzten Jahren Schritte in die richtige Richtung getan. Ziel muss die Neuausrichtung der Gesundheitsversorgung sein: hin auf ein digitales, ein systematisch lernendes Gesundheitssystem. Kluges Misstrauen sollte zu geeigneten Schutzmaßnahmen führen – nicht Hilfe verhindern, denn Daten teilen heißt besser heilen“, betonte der SVR-Vorsitzende, Professor Dr. Ferdinand Gerlach, anlässlich der Vorstellung des Gutachtens Ende März.

Derweil nahm der Marburger Bund (MB) das am 29. Oktober 2020 in Kraft getretene Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) zum Anlass, auf die im internationalen Vergleich digitale Rückständigkeit deutscher Krankenhäuser hinzuweisen. Die Arbeitsgruppe Digitaler Wan-



Corona-Warn-App: Die Pandemie zeigt, wie wichtig es wäre, Gesundheitsdaten mit Bewegungs- und Kontaktdaten verknüpfen zu können, meint der Sachverständigenrat Gesundheit. Foto: U. J. Alexander/stock.adobe.com

del des MB habe mit Unterstützung des Health Innovation Hub des Bundesministeriums für Gesundheit in mehreren Arbeitssitzungen die Fördertatbestände des KHZG, die auf Digitalisierung abzielen, gesichtet. Ziel sei es, mithilfe des Gesetzes vor allem die technische Ausrüstung der Kliniken, die Dokumentation und die Medikationspläne zu verbessern. vl

Arztzahlen

Trend zu Anstellung und Teilzeit ist ungebrochen

Der Trend unter Ärzten und Psychologischen Psychotherapeuten, angestellt oder in Teilzeit in der ambulanten Versorgung zu arbeiten, ist ungebrochen. Das zeigt die Arztzahlstatistik für das Jahr 2020, die die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) Anfang April vorlegte. Insgesamt sei zwar die Zahl der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten deutlich gestiegen, doch durch Anstellung und Teilzeit stehe weniger Arztzeit zur Verfügung, erklärte der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Gassen. „Die Ressource Arzt bleibt knapp.“

Die Zahl der Vertragsärzte und -psychotherapeuten stieg demnach im Vergleich zu 2019 um 1,5 Prozent. Im Jahr 2020 nahmen

180.581 Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten an der vertragsärztlichen Versorgung teil (2019: 177.581), davon 150.850 Ärzte und 29.731 Psychologen. Die Zahl der Angestellten erhöhte sich weiter auf 42.631 (2019: 39.477).

Gesunken ist der KBV zufolge im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Hausärzte, und zwar um 0,1 Prozent. Dieser Trend sei seit Jahren zu beobachten, erklärte der stellvertretende KBV-Vorsitzende Dr. Stephan Hofmeister.

Kontinuierlich gestiegen ist dagegen der Frauenanteil. Er liege inzwischen bei fast 50 Prozent. Bei den Psychologischen Psychotherapeuten sei der Anteil der Frauen mit 76 Prozent am höchsten. HK

Krankenkasse

AHA-Regeln stoppen Grippe

Die Abstand- und Hygieneregeln zum Schutz vor einer SARS-CoV-2-Infektion haben auch das Influenzarisiko gesenkt. Zu diesem Schluss kommt die Barmer nach Auswertung von Daten ihrer krankgeschriebenen erwerbstätigen Versicherten. Demnach stieg zum Jahreswechsel 2018 und 2019 die Zahl der Grippe-Krankenschreibungen jeweils auf bis zu 22.000 Fälle pro Woche. 2021 pendelte der Wert dagegen kontinuierlich zwischen 400 und 500 Krankenschreibungen pro Woche. Auch Atemwegserkrankungen spielten nach Angaben der Barmer in diesem Winter – abgesehen von Corona – kaum eine Rolle. HK

Nordrhein-Westfalen

Weniger Abtreibungen

Im vergangenen Jahr sind in Nordrhein-Westfalen 20.705 Schwangerschaften abgebrochen worden. Das waren 3,9 Prozent oder 847 weniger als 2019, teilte das NRW-Landesamt für Statistik mit. 96,4 Prozent der Abbrüche wurden demnach ambulant in Praxen oder Kliniken durchgeführt. Aus medizinischen Gründen oder aufgrund von Sexualdelikten wurden 4,6 Prozent der Schwangerschaften abgebrochen. In über 90 Prozent der Fälle waren die betroffenen Frauen zwischen 18 und 39 Jahre alt. 7,4 Prozent waren älter und 2,5 Prozent der Frauen waren minderjährig. 56 Prozent der Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs bereits mindestens ein Kind. bre